



Unterkunft von Sozialhilfeempfängern in Mississippi: Trunksucht und Drogen selbst auf den Dörfern

Die Nation will es offenbar nicht anders. Vor 30 Jahren hatte sie sich noch mitreißen lassen von der Parole ihres Präsidenten Lyndon Johnson, der einen „Krieg gegen die Armut“ ausrief. Höchstens ein Scharmützel wurde daraus, denn das nötige Geld ging für einen richtigen Krieg drauf, in Vietnam; die Armut indessen hat die halbherzige Attacke Johnsons damals locker überstanden. Heute leuchtet vielen Amerikanern eher schon ein Feldzug ein, der nicht gegen die Armut geführt wird, sondern gegen die Armen.

Die haben ein Imageproblem. Spätestens seit der Präsidentschaft Ronald Reagans geistert durchs kollektive Bewußtsein der US-Bürger ein Phantom-

Die Armutsgrenze

zieht die US-Regierung für einen Vier-Personen-Haushalt bei einem Jahreseinkommen von unter 15 142 Dollar. Unter dieser Schwelle leben ein Drittel der Schwarzen und über zehn Prozent aller Weißen, insgesamt rund 40 Millionen Amerikaner. Nun soll vor allem die staatliche Hilfe für Alleinstehende, zwischen 1970 und 1994 bereits um ein Drittel gekürzt, weiter beschnitten werden. In diesem Monat will die republikanische Kongreßmehrheit ein entsprechendes Gesetz durchsetzen.

bild, das von konservativen Politikern, Kolumnisten und Fernsehunterhaltern immer wieder beschworen wird: die Vision von der mehrfachen Mutter und Wohlfahrtskönigin, die bei der Bank mit dem Cadillac vorfährt, um lachend ihre Fürsorge-Schecks hinzublättern.

Reagans fixe Idee von der parasitären „welfare queen“ hat im Amerika der achtziger Jahre das stille Ressentiment gegen die Sozialhilfeempfänger (und gegen die Unterklasse überhaupt) gesellschaftsfähig gemacht. In dem Zerrbild spiegelte sich freilich eine Wirklichkeit, die jedem Amerikaner vertraut war. Das dumpfe Gefühl des Steuerzahlers, von einer schmarotzenden Minderheit mißbraucht zu werden, wurde beson-



Obdachloser in Louisiana: Kaum noch trockene Plätze unter den Brücken